

Bernauer Erklärung für eine sichere, gerechte und solidarische Pflegeversicherung

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD im Barnim lud am 15. Oktober 2026 in Bernau bei Berlin zu einer öffentlichen Veranstaltung ein. Im Fokus standen die drängenden Herausforderungen in der sozialen Pflegeversicherung. Im gut gefüllten Saal des historischen Rathauses kamen über 50 Teilnehmer zusammen, um über die Auswirkungen der vorgesehenen Reform der Pflegeversicherung zu diskutieren. Als Ergebnis wurde die vorliegende Erklärung von den Veranstaltungsteilnehmern mit großer Zustimmung verabschiedet und beschlossen.

Angesichts der steigenden finanziellen Belastungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie der drohenden Krise des Pflegesystems erklären wir:

Gute Pflege ist eine Frage der Menschenwürde und der gesellschaftlichen Solidarität. Ein reines Kürzungspaket zulasten der Betroffenen lehnen wir vehement ab. Um das Pflegesystem langfristig zu stabilisieren, die Einnahmebasis gerecht zu verbreitern und Heimbewohner vor der finanziellen Überforderung zu schützen, fordern wir eine grundlegende Neuausrichtung der Pflegeversicherung mit folgenden Kernpunkten:

Einführung eines strikten „Pflegedeckels“

- Die rasant steigenden Eigenanteile für Heimbewohner müssen wirksam begrenzt werden. Wir fordern eine gesetzliche Deckelung des pflegebedingten Eigenanteils auf maximal **1.500 Euro pro Monat**. Alle darüberhinausgehenden pflegebedingten Kosten müssen verlässlich von der Pflegeversicherung übernommen werden.
- **Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung**
Die Finanzierungslast der Pflege muss gerechter verteilt werden. Da Privatversicherte im Durchschnitt über höhere Einkommen verfügen und seltener schwer pflegebedürftig werden, fordern wir einen fairen und systemübergreifenden finanziellen Ausgleich zwischen der gesetzlichen und der privaten Pflegeversicherung.
- **Schaffung einer solidarischen Bürgerversicherung**
Langfristig führt kein Weg an der Zusammenführung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung in ein einheitliches System vorbei. Wir bekennen uns zur Einführung einer gemeinsamen Bürgerversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger. Nur so lässt sich die Einnahmebasis dauerhaft verbreitern und strukturelle Ungleichgewichte nachhaltig abbauen.
- **Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze**
Für eine starke und handlungsfähige Pflegekasse müssen Besserverdienende stärker in die Pflicht genommen werden. Wir fordern die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, damit hohe Einkommen einen angemessenen und gerechten Beitrag zur Finanzierung der Pflege beisteuern.
- **Ergänzungsbeitrag**
Dieser wird umgewandelt in ein Sozialraumbudget, aber erst ab Pflegegrad 2. Im Pflegegrad 1, ambulant, entfällt selbst der Bestandschutz auch für heutige Bezieher völlig. Der Ergänzungsbetrag wird ohne Besitzstandswahrung gestrichen. Das ist aus unserer Sicht eine echte Leistungseinschränkung.

- **Garantie des Leistungsniveaus und Schutz vor Kürzungen**

Die geplante Verschärfung bei der Einstufung von Pflegegraden sowie Verzögerungen bei den dringend benötigten Entlastungszuschlägen müssen vom Tisch. Wir fordern den uneingeschränkten Erhalt aller bestehenden Leistungen und den konsequenten Schutz der Pflegebedürftigen vor Einschnitten. Wir fordern die Weiterzahlung des monatlichen Entlastungsbetrages unter vollständiger Besitzstandswahrung für alle Menschen in Pflegegrad 1.

- **Beitragserhöhung**

Der bereits jetzt schon bestehende Zusatzbeitrag für Kinderlose erhöht sich um weitere 0,3 Prozentpunkte. Künftig zahlen Kinderlose somit 0,9 Prozentpunkte mehr als Mütter und Väter. Ihr Beitrag liegt also 4,5 Prozent vom Einkommen, für Eltern mit einem Kind sind es 3,6 Prozent. Für Mehrfacheltern sogar noch weniger. Das ist für junge Menschen doppelt ungerecht, weil sie sich mit der Familienplanung noch gar nicht beschäftigt haben. Frauen sind bei der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 30,5 Jahre alt, Männer 34,7 Jahre. Hier wird also das Problem der Generationengerechtigkeit deutlich und verstößt sogar gegen diese.

Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Wir stehen ein für ein System, das Sicherheit garantiert, Pflegebedürftige schützt und entlastet und von starker sozialer Gerechtigkeit getragen wird.

Bernau, den 15. Oktober 2026

AG 60plus der SPD Barnim